



Wohnungseinbruchszahlen

Ein Armutszeugnis für Rot-Grün

Die Statistik der vergangenen Jahre zeigt es: In ganz Nordrhein-Westfalen steigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Nach einem kurzen Rückgang 2014 sind die Zahlen im ersten Halbjahr 2015 wieder in die Höhe geklettert. Im Rhein-Erft-Kreis steigen die Zahlen um 71,5%.

Deutlich wird, dass seit dem ersten Halbjahr 2011 in allen fünf Regierungsbezirken in den meisten Fällen die Wohnungseinbrüche zunahmen. Von Januar bis Juni 2014 gab es in Köln und Düsseldorf eine leicht positive Entwicklung, aber diese war nicht von Dauer. Das gilt ebenfalls für den Rhein-Erft-Kreis: Bis auf ein Jahr steigen die Zahlen immer weiter, bis auf 1.175 Fälle im ersten Halbjahr 2015.

Mit einer Zunahme von 490 Fällen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kommt der Kreis direkt hinter der Stadt Düsseldorf (+556) und dem Spitzenreiter Köln (+593). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote nur bei 13,79 Prozent.

Die angeblich präventive Strategie der Landesregierung geht nicht auf. Der Innenminister sollte sich, anstatt bei repräsentativen Terminen in die Kameras zu lächeln, endlich um eine vernünftige Ausstattung unserer Polizei und personelle Verbesserungen kümmern. Näheres dazu: <http://kurzlink.de/GG150820>

Juli-Demo

Einsatz im Tagebau Hambach kostete mindestens 13.300 Euro

Der Rückblick verdeutlicht, was auch die jüngste Demonstration der Anti-Kohle-Aktivisten gekostet haben wird.

Mit einem massiven Aufgebot an Polizei- und Rettungskräften mussten am 4. Juli 2015 zehn Klimaaktivisten von drei Schaufelradbaggern im Tagebau Hambach heruntergeholt werden. Die Besetzung eines vierten Baggers konnte durch die Polizei verhindert werden. Wie gefährlich die Lage sowohl für die Einsatzkräfte als auch für die Aktivisten war, geht aus der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage hervor: <http://kurzlink.de/GG150817>.

Die Kosten für Feuerwehr und Rettungsdienst belaufen sich nach aktuellem Stand auf rund 6.700 Euro, die Polizeibehörden erheben dagegen keine Kosten, da eine Rechtsgrundlage hierfür fehlt. Für die Verpflegung der Einsatzkräfte fielen etwa 2.000 Euro an, für Materialkosten rund 4.600 Euro. Ob den Aktivisten irgendetwas in Rechnung gestellt wird, stehe noch nicht fest, da die rechtliche Prüfung noch nicht abgeschlossen sei, teilt mir der Innenminister mit. Am Ende wird wohl doch wieder der Steuerzahler belastet.

Islamisten

Versicherungsbetrug zur Finanzierung des Dschihad

In 17 Fällen ermittelt die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen radikale Islamisten, die Verkehrsunfälle vorgetäuscht und die Schäden dann bei der Versicherung geltend machten. Das ergaunerte Geld könnte teilweise dazu dienen, den „Heiligen Krieg“ der Terroristen des Islamischen Staats (IS) zu finanzieren.

Gegen rund 24 Beschuldigte im Alter von 23 bis 47 Jahren wird ermittelt, wie aus der Antwort auf meine parlamentarische Kleine Anfrage hervorgeht. Zwei Verdächtige haben sich offenbar dem IS in Syrien angeschlossen, sieben andere haben Kontakte zur salafistischen Szene. In Untersuchungshaft sitzt allerdings keiner aufgrund mangelnden Tatverdachts. Bei den provozierten Unfällen wurde zwölf Mal eine Versicherungssumme ausgezahlt, einmal knapp 8.500 Euro. Mehr: <http://kurzlink.de/GG150805>